

Datum 03.01.2023
 Nr.: IA-001/2023

Informationsanfrage von einem Zehntel der Stadträte - öffentlich

(gemäß § 28 Abs. 5 SächsGemO in Verbindung mit der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz)

Kurzbezeichnung: Schutzmaßnahmen für Chemnitzer im Umfeld der Asylunterkunft in Einsiedel

Frage:

- 1.) Welche Schutzmaßnahmen, z.B. eine Aufstockung der Streifen des Stadtordnungsdienstes, ergreift die Verwaltung, um die Bürger von Einsiedel vor möglichen Übergriffen durch Bewohner der Asylunterkunft, die im Januar 2023 wieder in Betrieb genommen wird, zu schützen?
- 2.) Welche Konsequenzen zieht die Chemnitzer Stadtverwaltung aus dem brutalen Mord von Illerkirchberg, wo unmittelbar vor einer Asylbewerberunterkunft ein Mädchen ermordet wurde? Hat es Gespräche mit Schulen, Kitas und ähnlichen Einrichtungen im Umfeld der Asylunterkunft in Einsiedel gegeben, um dieser Problematik entgegenzutreten?
- 3.) In welcher Form wirkt die Stadtverwaltung auf die Bewohner der Asylunterkunft (und auch die Leitung der Unterkunft) ein, um die deutsche Rechtsordnung einzuhalten bzw. ein Verständnis für die in Deutschland geltenden Gesetze zu schaffen? Gibt es Überlegungen, beispielsweise Strafgesetzbücher in anderen Sprachen zu verteilen, um dementsprechend aufzuklären? Diese könnten beispielsweise, ähnlich wie die Bibel, in jedem Zimmer ausgelegt werden, um den Wertekodex unseres Landes auch den Neubürgern zu verdeutlichen.

Fragesteller/innen:

Nr.	Name, Vorname	Fraktion/ Fraktionsgemeinschaft
01	Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ Freie Sachsen
02	Reiner Drechsel	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ Freie Sachsen
03	Diana Rabe	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ Freie Sachsen
04	Karl Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ Freie Sachsen
05	Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ Freie Sachsen
06	Bernd Arnold	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ Freie Sachsen

Die Informationsanfrage wurde elektronisch erstellt und enthält keine eigenhändige Unterschrift.